

**Leitartikel**

Von Alois Vahrner

Es ist nicht die EU-Kommission, sondern meist der Eigensinn der Staaten, der Reformen verhindert.



vahrner@t3.com

## Wie sich Europa selbst einbremst

Vom Euro über die Konjunktur bis zum Luftraum: Europa steht sich durch den kleinkarierten Eigensinn der Staaten oft selbst im Weg.

Die USA haben die Welt als Folge der geplatzten Immobilienblase in die schwerste Rezession nach dem Krieg gestürzt. Während Europa noch immer schwer daran zu kiefeln hat und heuer mit viel Glück auf ein Wirtschaftswachstum von 1 Prozent kommen wird, erwarten die USA heuer bereits wieder ein Wachstum jenseits der 3 Prozent, von Wachstumsraten wie in China ganz zu schweigen.

In der EU gibt es etwa zweifellos das bessere Sozial- und Gesundheitssystem als in den USA. Die Frage ist nur, in welchem Umfang und in welcher Form sich die Länder aufgrund der außer Rand und Band geratenen Staatshaushalte und der schwächelnden Konjunktur es sich leisten werden können.

Die EU hatte sich vor Jahren selbst das Ziel gesetzt, die USA als führenden Wirtschaftsraum abzuhängen. Auch der Euro, so träumten bereits einige, könnte den Dollar als Weltwährung Nummer eins ablösen. Von beidem ist heute nicht allzu viel übrig.

Europa hat es selbst zu verantworten, dass es in Wetlauf mit anderen Wirtschaftsregionen zunehmend ins Hintertreffen gerät und weltpolitisch seit Langem nur die zweite Geige spielt. In der EU mit 27 Mitgliedern sind Entscheidungen schwierig und werden in unendlichen Verhandlungsmarathons meist entsprechend abgeschwächt.

Jüngstes Beispiel ist das Chaos bei den Vulkanasche-Totalflugverboten, als sich die Verkehrsminister erst am vierten Tag in einer Telefonkonferenz aussprachen. Nationaler Eigensinn durchlöchert die an sich gute EU-Idee eines einheitlichen Luftraums. Und wohin schwammige Kompromisse führen, hat man nicht zuletzt auch beim Euro gesehen: mit fehlenden Durchgriffsrechten und der Aufnahme von Ländern, die nie und nimmer Euro-reif waren.

**Karikatur**

US-Robin-Hood



## Wenn das Wort historisch zum Tunnel-Unwort wird

Trotz budgetärer Evaluierung wurde am Freitag der Koralmtunnel angeschlagen. Die ÖBB jubelten und sprachen von einem historischen Tag.



**Analyse**  
Von Peter Nindler

Historisch – ach, da war ja etwas. Im Dezember 2009 bezeichnete Verkehrsministerin Doris Bures den Spatenstich für den Probestollen als historisch für den 55 Kilometer langen Tunnel. Politisch steht das Projekt aber seit einigen Monaten. Weil es aus Spargründen evaluiert werden muss. Wie alle Infrastrukturvorhaben in Österreich. Nein, nicht alle. Denn gestern hallte überraschend historischer Baulärm durch die Steiermark. Denn trotz Evaluierungsstopps wurde der fünf Milliarden Euro teure Koralmtunnel

angeschlagen. ÖBB und steirische Landesspitze jubelten.

Dass Tirols LH Günther Platter sauer ist, ist verständlich. Schließlich warten Tirol, aber auch die EU auf grünes Licht aus Wien für den Basistunnel. Seinen Unmut äußerte Platter auch gegenüber Verkehrsministerin Doris Bures. Diese beehrte sich sofort zu erklären, dass es für laufende Projekte keinen Baustopp gebe – weder für den Koralmtunnel noch für die Errichtung des Brenner-Probestollens. Eine einfache Erklärung, die viel Interpretationsspielraum zulässt.

Mit den Steirern will es sich Bures nicht verscherzen, kämpft doch dort ihr politisch angeschlagener Parteikollege Franz Voves im Herbst um seine Wiederwahl als Landeshauptmann. Also lässt sie bauen, während ihr

Ministerium evaluiert. Dass die Überarbeitung dann wohl reine Augenauswischerei ist, dürfte wohl auch fix sein.

Das ahnt wohl auch Günther Platter. Also bleibt alles am Brennerbasistunnel hängen. Dort wird ja erst der Probestollen gebaut. Und weder für die SPÖ noch für die ÖVP hat derzeit Tirol eine besondere politische Bedeutung. In den Alpen geht es für Wien um nichts. Also wird lieber bei den Rebellen im Westen gebremst.

Die Strategie des Bundes offenbart sich trotz gegenteiliger Beteuerungen immer deutlicher. Die Errichtung des Erkundungstollens wird ausgedehnt und gleichzeitig der Baubeginn des Haupttunnels verzögert. Damit kann sich die Regierung vor einer endgültigen Entscheidung drücken und spart Geld für Projekte im Osten. Und so gräbt der politische Maulwurf in Österreich.

peter.nindler@t3.com

Lesen Sie dazu mehr auf Seite 4

**Apropos**

Von Alois Schöpf

## Null Toleranz bei Hunden

In Landeck hat diese Woche wieder ein Kampfhund zugeschlagen und einen achtjährigen Buben attackiert, der von Glück reden kann, dass er nur äußere Verletzungen davongetragen hat und nicht totgebissen wurde. Erschwerend kommt hinzu, dass der American Stafford Terrier bereits amtsbekannt war und schon einmal zugebissen hat. Wie kann es denn bitte sein, dass ein solches Tier noch immer frei herumläuft?

In einer Zeit, in der Nichtraucher bereits ausrasten dürfen, wenn sich ein Raucher unerlaubt eine Zigarette anzündet, oder in einer Zeit, in der an gewissen Wochenenden wie diesem ein ganzes Land in eine Polizeifestung verwandelt wird, um die Bevölkerung vor ihrem eigenen Drogenmissbrauch zu retten, ist die Frage unabwendbar: Wie lange müssen wir es uns eigentlich noch gefallen lassen, dass eigenartige Mitbürger sich biologische Killerwaffen halten, durch die pro Jahr allein in Österreich 5900 Personen so schwer verletzt werden, dass sie im Krankenhaus behandelt werden müssen?

Meine Antwort wäre ganz einfach: Wenn es wirklich so ist, wie allgemein behauptet wird, dass Hunde nur dann gefährlich sind, wenn sie vom Menschen gefährlich gemacht wurden, sollte in Hinkunft ein Biss vor Gericht so behandelt werden, als hätte der Besitzer selbst gebissen. Das Problem wäre schlagartig gelöst, wenn dann die ersten ignoranten Hundefreunde wegen schwerer Körperverletzung oder Mordes für Monate oder Jahre ins Gefängnis wandern müssten.

Alois Schöpf ist Schriftsteller, Journalist und seit vielen Jahren Kolumnist der Tiroler Tageszeitung.



alois.schoepf@tirol.at

**Kopf des Tages**

Victoria Ingrid Alice Désirée (Kronprinzessin von Schweden und Herzogin von Västergötland)

## Eine, die endlich getraut werden will

Eine Hochzeit ist immer eine schöne Sache. Auch wenn man blaues, ja sogar königliches Blut in den Adern hat und das Ganze somit zur Staatszeremonie ausartet.

Deswegen wird Victoria Ingrid Alice Désirée wohl die Zähne fest zusammenbeißen, wenn ihre Vermählung mit Daniel Westling am 19. Juni derzeit nahezu täglich für Schlagzeilen sorgt – und sich trotzdem freuen. Waren es nämlich zunächst die Kosten der Feier in Höhe von 2,09 Millionen Euro, so geht es in der aktuellen Diskussion um etwas ganz anderes: Soll sich Victoria als künftige Königin von Schweden von ihrem Vater, König Carl XVI. Gustav, zum Altar des Stockholmer Doms führen lassen?

Nein, meinen neun Pastoren der protestantischen Kirche Schwedens, die die 32-Jährige aufgefordert haben, am 19. Juni Seite an Seite mit dem künftigen Prinzen Daniel die Kirche zu durchschreiten. Als Akt der Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau zuzusagen – und Gleichberechtigung wird ja in Schweden seit Jahren großgeschrieben.

Was Victoria dazu sagt, ist nicht bekannt. Wenn sie dieses Thema mit dem ihr typischen sympathischen Lächeln



abtun würde, wäre das allerdings nachvollziehbar. Quer durch alle Gazetten ging ja ihre anfänglich als Liaison abgetane Beziehung mit dem Ex-Fitnessstudiobesitzer Daniel Westling. Jahre dauerte es, bis er am Königshof akzeptiert wurde. Nicht zuletzt deshalb, weil er Victoria offensichtlich guttat. Durch ihn bekam die studierte Politikwissenschaftlerin und

Historikerin u.a. ihre Magersucht in den Griff, mit ihm will sie endlich vor den Traualtar schreiten.

Ob sie diesen Weg mit Carl oder Daniel zurücklegt, wird ihr – Gleichberechtigung hin oder her – daher wahrscheinlich gleichgültig sein. Hauptsache, es ist endlich so weit und ihr jahrelanges Warten hat ein Ende. Der Großteil der neun Millionen Schweden, bei denen die künftige Königin ob ihrer Natürlichkeit und Bescheidenheit sehr beliebt ist, denkt – abgesehen von den Kosten für die Hochzeit – wohl ähnlich. Ein Beweis dafür: Die Idee der Pastoren fand im Internet bislang nur einige tausend Anhänger. (L.r.)

Lesen Sie dazu mehr auf Seite 40

Foto: EPA/Reuters

**TT Frage des Tages**

**Gesamtschule**

ÖVP-Minister Karl tritt für ein gemeinsames Gymnasium aller Zehn- bis 14-Jährigen ein. Halten Sie dies für einen sinnvollen Vorschlag?

34 % Ja – damit haben alle Kinder die gleichen Chancen.

61 % Nein – das wird nicht funktionieren. Leistungsgruppen haben einen guten Grund.

Die Umfrage finden Sie auf **tt.com**

5 % Mir egal – die Schuldebatten interessieren mich nicht.

UMFRAGE